

# Die Fraktionen von SPD, GRÜNEN, BBO, DIE LINKE und UW im Rat der Stadt Bad Oeynhausen



An den Bürgermeister  
der Stadt Bad Oeynhausen  
Herrn Achim Wilmsmeier

**32543 Bad Oeynhausen**  
**per Fax: 05731-14 19 23 oder E-Mail**

Bad Oeynhausen, 25.06.2018

Antrag der Fraktionen SPD, GRÜNEN, BBO, DIE LINKE und UW

## **Privatisierung der Spielbanken durch die NRW-Landesregierung stoppen**

***Sehr geehrter Herr Bürgermeister,***

gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bad Oeynhausen beantragen oben genannte Fraktionen folgenden Tagesordnungspunkt für die Ratssitzung am 11.07.2018 aufzunehmen:

**„Stopp der Privatisierungspläne der Spielbanken durch die NRW-Landesregierung!“**

Folgender Beschlussvorschlag wird eingebracht:

1. Der Rat der Stadt Bad Oeynhausen fordert die Landesregierung auf, die beabsichtigte Privatisierung der Spielbanken aufgrund der unklaren Rahmenbedingungen zu stoppen.
2. Die Landesregierung wird gebeten, ihre Gründe für die Privatisierung der Spielbanken dem Rat der Stadt Bad Oeynhausen in öffentlicher Sitzung durch einen Vertreter zu erläutern.
3. Der Rat der Stadt Bad Oeynhausen beauftragt den Bürgermeister, sich mit den Bürgermeistern der anderen Standortkommunen ins Benehmen zu setzen, um eine gemeinsame Position zur Standortabsicherung, Mitarbeiterabsicherung und Abgabeabsicherung zu erarbeiten und diese gegenüber der Landesregierung zu vertreten.
4. Der Bürgermeister wird aufgefordert, sich schriftlich an die Landesregierung und die heimischen Landtagsabgeordneten der Landesregierung zu wenden und zu erfragen, ob und wie Standortgarantieren, Arbeitsplatzgarantien für die Beschäftigten, Abgabengarantien und die öffentlich-rechtliche Zielsetzung zur Eindämmung von Schwarzspielen und zum Schutz von Spielern von privaten Betreibern eingehalten werden sollen bzw. im Vergabeverfahren festgeschrieben werden.
5. Die heimischen Landtagsabgeordneten werden schriftlich aufgefordert, sich für den Erhalt der heimischen Spielbank in öffentlicher Trägerschaft einzusetzen und dies gegenüber der Landesregierung zu vertreten.

Begründung:

Die Spielbanken in NRW erfüllen einen ordnungspolitischen Auftrag zur Eindämmung von Schwarzspielen und zum Schutz von Spielern, wie es in § 1 des Spielbankengesetzes NRW festgeschrieben ist. Zudem erwirtschaften die vier Standorte Duisburg, Aachen, Dortmund und Bad Oeynhausen einen Bruttospielertrag von aktuell 80,4 Mio. Euro. 39,6 Mio. Euro werden direkt als Abgabe an das Land NRW für Projekte der Stiftung Wohlfahrtspflege und an die Standortkommunen gezahlt.

Der Standort Bad Oeynhausen erwirtschaftet einen Bruttospielertrag von 8,2 Mio. Euro mit 95 Beschäftigten und bei 80.000 Besuchen im Jahr. Die Stadt Bad Oeynhausen erhält jährlich ca. 1 Mio. Euro Spielbankabgabe. Die Spielbank ist ein wichtiger Standortfaktor für Bad Oeynhausen.

Das nordrhein-westfälische Landeskabinett hat im Mai den Privatisierungsprozess der Spielbanken des Landes ohne Einbeziehung von Beschäftigten und den betroffenen Kommunen eingeleitet. Im Gegenteil, die Betroffenen konnten sich in den Medien über den beabsichtigten Verkauf informieren. Die staatlichen Anteile an der Westdeutsche Spielbanken GmbH (WestSpiel) sollen nach dem Willen der Landesregierung vollständig veräußert werden.

Details zum Verkaufsprozess stehen allerdings noch nicht fest. Ein Verkaufsvorhaben voranzutreiben, ohne jedoch klare Eckpunkte (Einhaltung des bisherigen ordnungspolitischen Auftrags, Standortsicherung, Beschäftigtenabsicherung, etc.) zu definieren, ist nicht zielführend.

Tatsächlich ist vor dem Hintergrund des ordnungspolitischen Auftrags und der Zahlung von jährlich ca. 40 Mio. Euro an die Stiftung Wohlfahrtspflege und die Standortkommunen durch die landeseigenen Spielbanken für den Rat der Stadt Bad Oeynhausen überhaupt kein sachlicher Grund für eine Privatisierung erkennbar, so dass es nur natürlich ist, dass die Landesregierung ihre Gründe erklärt.

Wir bedanken uns und verbleiben mit freundlichen Grüßen



**i. A. gez. Olaf Winkelmann**

Vorsitzender, SPD-Fraktion

**gez. Volker Brand**

Vorsitzender, Fraktion GRÜNE

**gez. Reiner Barg**

Vorsitzender, Fraktion BBO

**gez. Andreas Korff**

Vorsitzender, Fraktion DIE LINKE

**gez. Thomas Heilig**

Vorsitzender, UW-Fraktion